

Kinder mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen in europäischen Schulen

Einblicke aus dem ersten Jahr des EU-Forschungsprojekts MiCREATE

Policy Brief

 <http://micreate.eu>  [@micreate2020](https://twitter.com/micreate2020)  <http://tiny.cc/micreate-facebook>  <http://tiny.cc/micreate-youtube>

Im Jahr 2017 erklärte die Europäische Kommission das Ziel, "die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen, wonach die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden sollen, dass jedes Kind frei von Gewalt und Ausbeutung aufwachsen kann, seine Rechte geschützt sind und es Zugang zu hochwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung hat". Seit langem hat sich die EU in ihren Dokumenten mit 'migrantischen Kindern' in der Bildung befasst und fördert daher die Rechte der Kinder. Dies wird auch von den nationalen Regierungen in ihren Policy-Dokumenten unterstrichen, die erklären, dass der Status als Kinder und Minderjährige stets Vorrang vor ihrem Status als 'Fremde' oder Nicht-Dokumentierte haben sollte. Daher sollten alle Kinder und Minderjährigen unabhängig von ihrem Migrationsstatus die gleichen Rechte haben. Die Integration hängt jedoch oft vom rechtlichen Status ab, so zeigen unsere Studien. Dies gilt insbesondere für schutzbedürftige Gruppen wie Asylsuchende und unbegleitete Kinder, die für lange Zeit ohne wichtige soziale Sicherheiten wie Wohnung oder gemeinschaftliche Unterstützung in einem Land leben, während sie auf eine Entscheidung bezüglich ihrer rechtlichen Situation warten.

Dieses Informationsblatt stellt die Ergebnisse des ersten Jahres des EU-Forschungsprojekts MiCREATE vor. MiCREATE will die Integration verschiedener Gruppen von Kindern mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen im Bildungsbereich durch einen kinderzentrierten Ansatz fördern und dafür Bewusstsein schaffen. Zentral ist, die Situation und die Bedürfnisse der Kinder zu verstehen. Daher macht das Projekt Kinder zu Akteur*innen und aktiven Teilnehmer*innen an forscherschen Interaktionen und erkennt sie als autonome Individuen an.



1

EIN KINDERZENTRIERTER ANSATZ IST BISLANG NICHT VORHANDEN

Die Rechte und das Wohlergehen der Kinder werden als oberste Priorität von den Regierungen der EU-Länder anerkannt – auch wenn sie jeweils in nationalstaatlichen Maßnahmen und in den nationalen schulischen Praxen ganz unterschiedlich umgesetzt werden. Dennoch zeigt sich, dass politische Maßnahmen, Strategien und Dokumente oftmals aus einer Erwachsenenperspektive (z.B. von Politiker*innen, Wissenschaftler*innen, Pädagog*innen) entworfen wurden und eine Sicht der Kinder weitgehend fehlt. Nur in manchen NGO-Projekten findet sich ein kinderzentrierter Ansatz.



Die Politikempfehlung von MiCREATE lautet daher: Integrationspolitik muss einen kinderzentrierten Ansatz wählen, der die Bedürfnisse von Kindern anerkennt und der sicherstellt, dass ihre Bedürfnisse und Überzeugungen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

2

PÄDAGOG*INNEN UND SCHULPERSONAL SIND TEIL EINER GRÖßEREN GESELLSCHAFT

Historische Unterschiede und sich verändernde Einstellungen der Aufnahmegesellschaften bestimmen den Integrationsansatz von Ländern. In jüngster Zeit sind jedoch auf EU-Ebene, wo ein gemeinsamer Rahmen für die Integration erstellt wurde, sichtlich konvergierende Standpunkte zur Integration zu beobachten. Gleichzeitig ist aber eine Entwicklung hin zu restriktiven Migrationspolitiken und einer Anti-Migrant*innenstimmung seit dem 'Sommer der Migration' 2015 feststellbar.

Eine für Kinder mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen zufriedenstellende Erfahrung mit den jeweiligen Bildungssystemen hängt davon ab, ob und wie die Kinder in der Aufnahmegesellschaft akzeptiert werden. Eine solche Akzeptanz ist vor allem angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre wichtig: Der Aufstieg rechtsextremer Parteien sowie steigende anti-Migrant*innen- und EU-skeptische Stimmungen beeinflusst bildungspolitische Entscheidungen und kann zur Desintegration gerade von Kindern mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen führen. Nicht zuletzt deshalb ist Bildung für die erfolgreiche Integration dieser Kinder und ihrer Familien von besonderer Bedeutung.



*Die Politikempfehlung von MICREATE lautet: Die EU muss einen Mechanismus implementieren, der die EU-Integrationspolitik in den Mitgliedsstaaten verbindlich macht. Zudem müssen zusätzliche Programme und Mittel für die Beratung und die Kapazitäten von Schulen, für Schulleitung und -verwaltung sowie Lehrer*innen gesteigert werden, um eine inklusive Bildung für Kinder mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen zu gewährleisten. Integrationspolitik darf nicht von der Meinung rechtspopulistischer Parteien, die einen Anti-Migrant*innen-Kurs propagieren, oder von rechtspopulistischen Mediendiskursen abhängen.*

3

INTEGRATION VS ASSIMILATION

Das Konzept der Integration wird oft im Kontext von Assimilation verstanden, statt Integration als einen zweiseitigen Prozess zu verstehen. Diese Zweiseitigkeit wird auch im Jahr 2017 von der Europäischen Kommission unterstrichen: "Dieser dynamische, auf Gegenseitigkeit beruhende Integrationsprozess beinhaltet auf der einen Seite die Erwartung, dass Drittstaatsangehörige sich die Grundwerte der EU zu eigen machen und die Sprache des Aufnahmelandes erlernen, auf der anderen aber auch das Angebot sinnvoller Möglichkeiten zur Teilhabe an der Wirtschaft und Gesellschaft des Mitgliedstaats, in dem sie sich niederlassen". Es gibt jedoch politische Maßnahmen und Praktiken, die den Schwerpunkt auf die persönliche Verantwortung der Migrant*innen für ihren Integrationsprozess legen und eine ‚gescheiterte Integration‘ als individuelles Versagen der Migrant*innen betrachten. Außerdem werden oftmals staatliche Leistungen an die Bereitschaft zur Teilnahme an Bildungsaktivitäten geknüpft, ja vielfach darauf beschränkt. Darüber hinaus betonen viele Länder die Aneignung von ‚kulturellen Werten‘ und Normen der Mehrheitsgesellschaft als Bedingung von Integration, was tendenziell auf einen Prozess der Assimilierung, also der Anpassung an die Einwanderungsgesellschaft und nicht der zweiseitigen Integration hinweist.



*Die Politikempfehlung von MICREATE lautet: Zweiseitige Integration erfordert die Förderung und Organisation innovativer und ergänzender Bildungsangebote wie Sprachförderunterricht für Kindern mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen. Solche Angebote funktionieren oft besser, wenn die Teilnehmer*innen unterschiedliche kulturelle und sprachliche Hintergründe haben. Dies trägt nämlich dazu bei, dass die jeweiligen Identitäten der Kinder unterstützt und gestärkt werden und der Integrationsprozess somit als ein kollektives Unterfangen verstanden werden kann.*

4

SPRACHE

Das Erlernen der offiziellen Amtssprache hat für die Regierungen der EU-Staaten höchste Priorität und wird als die wichtigste, oft die einzige Integrationspraxis angesehen. Dabei werden jedoch weitere Aspekte, die für eine erfolgreiche Integration wichtig sind, vernachlässigt. Integration ist der zweiseitige Prozess der Anerkennung und Akzeptanz, also ein viel umfassenderer Prozess als nur der Erwerb der Sprache der Mehrheitsgesellschaft. Darüber hinaus muss die soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Integration gefördert werden. Geschieht dies nicht, werden vor allem neu ankommende Kinder allein auf der Grundlage ihrer Sprachkompetenzen in der lokalen Sprache beurteilt, ihr kultureller und sprachlicher Hintergrund, ihre Interessen und ihr allgemeines Wohlbefinden (einschließlich der Sozialisierung mit Gleichaltrigen) bleiben dem gegenüber zweitrangig.



*Die Politikempfehlung von MICREATE lautet: Nationale Regierungen und gesellschaftliche Akteur*innen müssen einen zweiseitigen Integrationsansatz verfolgen. Dies heißt, sie müssen ein Umfeld schaffen, in dem neu ankommende Kinder mit Migrationserfahrungen auf eine ganzheitliche Weise aufgenommen werden, d.h. dass gleichzeitig ihre Kultur, Sprache und ihr Wohlergehen wertgeschätzt und berücksichtigt werden.*

Der Familiensprache von Kindern mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen wird in nationalen Integrations- und Bildungspolitiken wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auch ihre kulturellen und sprachlichen Erfahrungen werden selten als Bereicherung für die Schule und die Unterrichtspraxis angesehen. Noch immer ist das Verständnis dafür begrenzt, wie man die Vorteile der Zweisprachigkeit und der kulturellen Vielfalt von Kindern mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen in den täglichen Schulaktivitäten nutzen könnte. Dies zeigt sich an restriktiven schulischen Regelungen gegenüber anderen Sprachen als der offiziellen Amtssprache oder daran, dass Migrant*innen als Personen mit ‚mangelnden Sprachkompetenzen‘ eingestuft werden.



Die Politikempfehlung von MICREATE lautet: Die kulturelle und sprachliche Vielfalt von Schüler*innen mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen müssen aktiv in das Bildungs- und Schulgeschehen einbezogen werden. Dies kann heißen, integrative und interkulturelle Lehrpläne zu entwickeln, mehr Gewicht auf die Herausbildung interkultureller Kompetenzen der Lehrkräfte zu legen und eine engere Beziehung zwischen Lehrer*innen und Familien zu entwickeln.

5

INTEGRATIONSPOLITIK

Nicht alle EU-Länder verfügen über eine Integrationspolitik für Kinder mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen im Bildungssektor, obwohl das institutionell-administrative Umfeld der wichtigste Rahmen für die Integration von diesen Kindern darstellt. Die bestehenden nationalen Gesetze für Kinder mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen im Bildungssektor entsprechen formal den EU-Vorschlägen, da sie beispielsweise den gemeinsamen Grundprinzipien für die Integrationspolitik von ‚migrantischen Kindern‘ in der EU aus dem Jahr 2004 folgen. Dennoch sind Diskrepanzen zwischen dem formalen Bekenntnis zur Verteidigung der Kinderrechte und der gelebten Praxis feststellbar. Nationalen Gesetzen fehlt es oftmals an konkreten Integrationsstrategien und Instrumente zur Unterstützung von Kindern. Des Weiteren gibt es keinen klar definierten normativen Rahmen, keine klar definierten Ziele und Standards für Integrationspolitik. So ist z.B. die interkulturelle Bildung in vielen EU-Ländern Teil der Lehrpläne, aber die Bedeutung von interkultureller Bildung variiert je nach Land, Schultyp und Schulstufe. Interkulturelle Bildung kann zum einen als ‚gegenseitiges Wissen und gegenseitiges Verständnis‘ zwischen Drittstaatsangehörigen und der Mehrheitsgesellschaft verstanden werden, zum anderen aber auf bloße Sprachkenntnisse reduziert werden.

Viele Integrationsinitiativen werden in Form von kompetitiv eingeworbenen Drittmittelprojekten finanziert. NGOs ergänzen und ersetzen oftmals staatliche Leistungen. Das Positive daran ist eine schnellere Reaktion auf die Integrationsbedürfnisse der neu ankommenden Kindern mit Migrationserfahrungen, negative ist aber eine Schwächung des Wohlfahrtsstaats. Vor allem die unzureichende Finanzierung von Integrationsmaßnahmen ist besorgniserregend; die verfügbaren öffentlichen Finanzmittel werden den wachsenden Integrationsanforderungen oft nicht gerecht. Darüber hinaus ist die Nachhaltigkeit von Integrationsinitiativen immer in Frage gestellt, da die Finanzierung vielfach an kurzlebige Projekte ohne langfristige Stabilität gebunden ist.



Die Politikempfehlung von MICREATE lautet: Erforderlich ist die Implementierung eines systematischen Ansatzes der Finanzierung von Integrationsmaßnahmen für Kinder mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen auf EU- und nationaler Ebene. Um Integration zu fördern bedarf es langfristig finanzierter Lösungen, die nicht abhängig von Drittmitteln oder kurzfristigen Maßnahmen sind, die nach Beendigung der Finanzierung eingestellt werden müssen.

6

DATENERHEBUNG

Nicht zuletzt gibt es terminologische Unterschiede bei der Datenerhebung in den EU-Ländern, selbst wenn die EU-Länder gemeinsame statistische und rechtliche Definitionen festgelegt haben. Des Weiteren beschränken sich die gesammelten Daten oft nur auf Asylbewerber*innen, und sie werden meist über das Bildungssystem auf eine Weise erhoben, die weder systematisch noch der politischen Planung von Integrationsmaßnahmen förderlich ist.



Die Politikempfehlung von MICREATE lautet: Es müssen standardisierte und international anerkannte Definitionen und Klassifikationen entwickelt werden, die eine zentralisierte und systematische Datenerhebung sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene ermöglichen. Dies kann auch dazu beitragen, Forschung über die Integration von Kindern mit Migrationserfahrungen und mit migrantischen Familienhintergründen zu fördern, die den Regierungen wertvolle Informationen über die Wirksamkeit der derzeitigen Integrationsmaßnahmen liefern.

